

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Springe,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute bringe ich meinen 8. Haushaltsentwurf ein. Seit 2017 ist es uns gemeinsam gelungen entweder bereits im Plan mindestens aber in der Ausführung einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Zuletzt gelang der Haushaltsausgleich nur mit schmerzhaften Steuererhöhungen, aber das Wasser stand uns finanziell bis zum Hals. Das ist jetzt anders. Das Wasser steht uns nicht mehr bis zum Hals. Wir sind bereits untergegangen. Die spannende Frage ist jetzt: Wie lange können wir unter Wasser die Luft anhalten? Wie lange können wir defizitär arbeiten und die fehlenden Mittel mit Krediten überbrücken.

Im Haushaltsentwurf für 2024 fehlen **11,6 Millionen Euro**. Da ist die Wasseroberfläche schon ein ganzes Stück weit entfernt.

77,1 Millionen Euro Ausgaben stehen 65,5 Millionen Euro Einnahmen gegenüber.

Moderat sinkende Einnahmen treffen auf extrem gestiegene Ausgaben. Im Vergleich zum Vorjahresansatz stiegen beispielsweise die **Personalkosten** um 1,8 Millionen Euro, die **Sachkosten** um 3,4 Millionen Euro, und die **Transferaufwendungen** stiegen um knapp 3 Millionen Euro – darunter auch die um eine Million auf **16,5 Millionen Euro** gestiegene **Regionsumlage** und die um 1,3 Millionen auf 9 Millionen Euro gestiegenen Zuschussbedarfe für die **Kindertagesstätten** in Springe – um nur die größten Positionen zu nennen.

Rund 15 % unserer Ausgaben sind damit durch Einnahmen nicht gedeckt – wir müssten also „lediglich“ 15 Prozent sparen und schon wäre alles gut. Wenn das so einfach wäre. Im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs haben wir jede einzelne Position akribisch auf Notwendigkeit und Machbarkeit abgeklopft und so das Defizit bereits auf das absolut notwendige beschränkt. Wir haben in *sehr* schmerzhaften und arbeitsintensiven Gesprächen mit den einzelnen Fachdiensten bereits rund 6 Millionen Euro erbarmungslos gestrichen, die im Einzelnen durchaus gut begründbar - aber eben nicht existenziell notwendig - waren.

Eine weitere Konsolidierung zu Lasten unserer ohnehin oft maroden kommunalen Infrastruktur und zu Lasten der kommunalen Daseinsvorsorge halte ich nicht für vertretbar. Wir sind nach meiner festen Überzeugung – was Konsolidierung angeht – in diesem Haushaltsentwurf am Ende des Zumutbaren angekommen.

Keine Kitas zu bauen und zu betreiben, *nicht* in die Schulgebäude oder Feuerwehrhäuser zu investieren, Straßen und Wege noch weiter *verfallen* zu lassen, sämtliche Schwimmbäder zu

schließen, Mitarbeitende ohne Aussicht auf Besserung in historischen Gemäuern *einzuferchen* kann nicht unsere Perspektive für unsere Stadt sein. Zumindest ist das nicht meine Perspektive und so verantworte ich in der Not lieber eine weitere Verschuldung – auch wenn es mir schwer fällt – als am Ende den schleichenden Niedergang unserer Stadt.

Die chronische Unterfinanzierung der kommunalen Ebene, also *aller* Städte und Gemeinden im Land ist ohnehin nicht hausgemacht. Das würde ja bedeuten, das rund 12.000 Kommunen in Deutschland nur „zu blöd“ sind, um mit dem auszukommen, was sie haben. Ich denke, das würde niemand ernsthaft behaupten. Tatsächlich liegen die Ursachen jenseits der kommunalen also lokalen Ebene:

Sämtliche übergeordneten staatlichen Ebenen ob Brüssel, Berlin oder Hannover geben – entgegen anderslautender Beteuerungen – ihr „Bestes“, die Städte und Gemeinden mit ständig wachsender Bürokratie und immer neuen und niemals auskömmlich finanzierten Aufgaben zu überfachten. Das Ende der Fahnenstange ist längst erreicht, nein überschritten. Ich bin diesbezüglich sehr gespannt auf den „Deutschlandpakt“ unseres Bundeskanzlers und lasse mich gerne positiv überraschen. Der kommunale Finanzausgleich gehört nicht nur horizontal und vertikal grundlegend überarbeitet – es muss auch mehr Masse, also mehr Geld in dieses überalterte Verteilsystem, wenn Städte und Gemeinden nicht vor die Hunde gehen sollen.

Jetzt könnten Sie einwenden, das sei wahrscheinlich nur der subjektive Eindruck eines zutiefst frustrierten Bürgermeisters. Ein bedauerlicher Einzelfall. Leider nein. Nicht zuletzt als Mitglied des geschäftsführenden Präsidiums des Niedersächsischen Städtetages gewinne ich regelmäßig Einblicke, die mir – im wahrsten Wortsinn – schlaflose Nächte bereiten. Auch die ganz alten Hasen unter den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den kommunalen Spitzenverbänden haben *nie* eine derartige Dramatik in den Kommunalfinzen erlebt.

Bevor ich hier aber stundenlang referiere was aus kommunaler Sicht so alles schief läuft, was uns Kommunen die Luft abschnürt und gleichzeitig unter Wasser drückt, verweise ich zum einen auf die brandaktuelle **Resolution der 22. Städteversammlung des Niedersächsischen Städtetages** von vorletzter Woche und auf das noch aktuellere **Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände** von letzter Woche. Beide Papiere gebe ich zu Protokoll und empfehle dringend die eingehende Lektüre.

„Resolution“ und „Positionspapier“ klingt sicher trocken und womöglich ist das auch ein Grund warum beide Papiere in der Öffentlichkeit bisher so wenig Beachtung gefunden haben. Tatsächlich sind beide Papiere an politischer Brisanz kaum zu überbieten. Gerade wenn sich zuletzt mit dem Niedersächsischen Städtetag, dem Niedersächsischen Städte-

und Gemeindebund und dem Niedersächsischen Landkreistag sämtliche niedersächsischen Kommunen einstimmig mit einem solchen „Brandbrief“ positionieren, dann ist das keine Kleinigkeit, dann ist das ein markerschütternder Hilferuf sämtlicher Niedersächsischer Landkreise, Städte und Gemeinden, den auch ich zu 100 % unterstütze.

Die Erkenntnis, dass wir mit unserem Finanzproblem – auch bundesweit – nicht alleine sind, hilft uns natürlich nur bedingt weiter und ein gewisses Misstrauen gegenüber der Problemlösungskompetenz von Bund und Ländern im föderalen System schützt vor Enttäuschungen. Alleine auf „Hilfe von oben“ mag ich mich nicht verlassen.

Daher arbeite ich angesichts dieser bisher nie da gewesenen, bedrohlichen Entwicklung mit meinen Fachleuten und externer Expertise an einer **Finanzstrategie**, die aufzeigen soll, wie wir trotz dieser historisch schlechten Ausgangslage insbesondere auch die Bauprojekte angehen können, die bisher noch gar nicht konkret in Planung sind. Mein Ziel ist, **transparent** zu machen, wie lange wir quasi die „Luft anhalten können“, wie lange wir also auch ohne auskömmliche Finanzierung von Land und Bund dringend notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur fortführen können, bevor ich eine weitere Kreditfinanzierung nicht mehr verantworten kann.

Gleichzeitig werde ich auf der Einnahmeseite Optionen wie eine „**Bettensteuer**“ oder auch eine „**Verpackungssteuer**“ ernsthaft prüfen lassen. Insbesondere eine Bettensteuer scheint nach ersten überschlägigen Betrachtungen – nach Abzug der Kosten – ein Potential von bis zu 500.000 Euro an jährlichen Erträgen zu bieten. Bei der Verpackungssteuer dagegen scheint der Aufwand im Verhältnis zum Ertrag recht hoch.

Beides wird uns nicht retten, aber wir müssen nach jedem Strohalm greifen, der sich uns bietet, um zur Not länger „unter Wasser atmen“ zu können.

In den kommenden Wochen werden wir gemeinsam in zahlreichen öffentlichen Sitzungen den Haushaltsplanentwurf in jeder gewünschten Tiefe diskutieren. Dazu eine Anmerkung vorab: Ich hatte Ihnen angekündigt, dass mit dem Haushaltsentwurf 2024 aktualisierte Kosten für die **Rathausenerweiterung** auf dem Burghof vorliegen. Das ist leider nicht der Fall. Sie finden also im vorliegenden Entwurf lediglich die alten Zahlen. Wir planen derzeit, bestmöglich aktualisierte Kosten zum Bauausschuss vorlegen zu können. Die größtmögliche Kostensicherheit bieten allerdings erst *bepreiste Leistungsverzeichnisse*, die erst im Laufe des Jahres 2024 vorliegen werden. Erst wenn diese Zahlen vorliegen kann die Freigabe der notwendigen Haushaltsmittel für die Bauphase und damit Beschluss zum Baustart der Rathausenerweiterung – voraussichtlich nach den Sommerferien – erfolgen. Bis dahin sollen die Mittel für die konkrete *bauliche* Umsetzung der Maßnahme gesperrt bleiben.

Bürgermeister Christian Springfeld – Stadt Springe

Rede zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2024 am 12. Oktober 2023

So viel für heute zu den düsteren Rahmenbedingungen der diesjährigen Haushaltsberatungen, die heute beginnen. Wie immer lege ich Ihnen allen insbesondere die Lektüre des **Vorberichts** auf den Seiten 9 bis 88 sehr ans Herz. Da sind die wesentlichen Finanzkennzahlen wunderbar dargestellt und erläutert. Die beste Übersicht auf einen Blick, quasi den *Haushalt in der Nussschale*, finden Sie im **Gesamtergebnishaushalt** auf Seite 90.

Mein besonderer Dank gilt wie immer allen, die an diesem 570-seitigen „Gesamtkunstwerk“ mitgewirkt haben und *stellvertretend* nenne ich diejenigen, bei den alle finanziellen Fäden unseres aktuell 331-köpfigen „Teams Stadtverwaltung“ aus 19 Fachdiensten zusammenlaufen, das sind – jeweils mit offenbar angeborener Zahlenaffinität – Philipp Strohecker und Sebastian Kühn unter der routinierten Leitung von Christian Wetzig und Clemens Gebauer – herzlichen Dank für die leidenschaftliche Abarbeitung dieses alljährlichen Mammutprojektes!

Vielen Dank.